

MITTEILUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS



München, 17. Oktober 2011

Massenpetition zur Neubesetzung des Zukunftsrats der Bayerischen Staatsregierung

In seiner 54. Sitzung am Donnerstag, 29. September 2011 hat sich der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit ihm vorliegenden Eingaben zum Thema Neubesetzung des Zukunftsrats der Bayerischen Staatsregierung befasst. Insgesamt haben sich bislang 91 Bürgerinnen und Bürger an den Landtag gewandt. Die Petenten fordern den Landtag auf

1. den Zukunftsrat der bayerischen Staatsregierung neu zu besetzen,
2. sich von den Positionen des Zukunftsrates betreffend den ländlichen Raum im Allgemeinen und den Regierungsbezirk Oberfranken im Speziellen klar zu distanzieren,
3. die vorgesehene Stimmkreisneueinteilung mit der Folge des Wegfalls eines Stimmkreises in Oberfranken nicht vorzunehmen.

Der Wirtschaftsausschuss hat die Eingaben zu den ersten beiden Punkten beraten und folgende Entscheidungen getroffen (zu Punkt 3 fand die Beratung im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz statt):

Zu Ziffer 1 wird die Eingabe der Staatsregierung als Material überwiesen (§ 80 Nr.3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag). Dies bedeutet, dass die Vorschläge der Petenten der Staatsregierung für ihre zukünftigen Überlegungen zugeleitet werden.

Zu Ziffer 2 wird die Eingabe durch Beschlüsse des Landtags als erledigt betrachtet (§ 80 Nr.4 der GeschO).

81627 München • Landtagsamt • Ausschussdienst
Telefon 089 41 26 – 0
Telefax 089 41 26 – 13 92
E-Mail: landtag@bayern.landtag.de
Internet: <http://www.bayern.landtag.de>

MITTEILUNG DES BAYERISCHEN LANDTAGS



Der Landtag hatte die Staatsregierung zunächst aufgefordert, zu dem Vorbringen der Petenten Stellung zu nehmen.

Dabei hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie insbesondere darauf hingewiesen, dass für die Besetzung des Zukunftsrates die Bayerische Staatskanzlei zuständig ist. Die Berufungsdauer der bisherigen Mitglieder des Zukunftsrates läuft bis 31.12.2011. Der Ausschuss war sich darüber einig, dass bei der Neubesetzung des Zukunftsrates die Anregungen der Petenten aufgenommen werden sollen.

Die Staatsregierung führt in ihrer Stellungnahme weiterhin aus: Ziel der Raumordnungs- und Strukturpolitik ist und bleibt die passgenaue Förderung aller Landesteile gemäß dem Leitziel der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Staatsregierung wird auch künftig darauf achten, dass die peripheren und strukturschwächeren Regionen Bayerns als lebens- und liebenswerte Heimat für die junge Generation erhalten werden und einer drohenden Abwanderung durch Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze entgegengewirkt wird. Alle Regionen Bayerns haben große Leistungspotentiale und gute Zukunftsperspektiven, wenn die Politik die für Arbeit, Wohnen und Erholung erforderlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen in allen Landesteilen Bayerns schafft.

Zum Gutachten des Zukunftsrats und der dazu eingegangenen Stellungnahme der Staatsregierung hat der Landtag auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen am 28.06.2011 umfangreich beraten. Das Protokoll zu dieser Debatte findet sich auf den Internetseiten des Landtags.

Außerdem hat der Ausschuss beschlossen, aufgrund der Vielzahl von Eingaben auf die individuelle Benachrichtigung der Petenten über den Ausgang des Verfahrens zu verzichten. Stattdessen wird das Ergebnis der Beratungen auf der Internetseite des Landtages veröffentlicht.